



# Nationalsozialistische Arbeiter

Die meisten in Abreden die Reichstagswahl am 2. Dez. vorzugsweise von Deutschen sein  
muss, auf die Minister bestimmen

Wien, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Der Reichstagswahlkampf beginnt am Mittwoch in zweiter Lesung die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsreform. Der Reichstagswahlkampf beginnt am Mittwoch in zweiter Lesung die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsreform. Der Reichstagswahlkampf beginnt am Mittwoch in zweiter Lesung die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsreform.

## Freude der Gegner über Görings Solotanz

A. Kr. Wir haben in unserem gestrigen Bericht über die Sitzung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses auch mitgeteilt, daß der Parteiausschuss einen Beschluß gefaßt hat, in dem er dem Parteivorstand energisches Vorgehen gegen den Genossen Göring verlangt für den Fall, daß Göring die Einigkeit der Partei stören würde. Veranlaßt worden ist dieser Beschluß durch die Tatsache, daß Göring seit dem 1. Dezember eine eigene Zeitung, den „Deutschen Volkskurier“ herausgibt, in der er sich als Stedenpferd, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das er schon vor Monaten entworfen hat, Propaganda zu machen. Das Beschaffungsprogramm Görings enthält zu drei Vierteln nichts anderes, als die wichtigsten wirtschaftlichen Forderungen, die die Gewerkschaften und die Partei schon seit Jahren immer wieder an die Reichsregierung gerichtet haben. Zu einem Viertel enthält es einige ganz abwegige, dilettantische Forderungen, die beweisen, daß Gen. Göring wirtschaftlich nicht der Sachkenner ist, für den er sich offenbar selbst hält. Die ganze Angelegenheit ist nicht bedeutungslos. Es handelt sich um das Stedenpferd eines Eingängers. Jemandem, der in Betracht kommenden Gruppen stehen nicht hinter dieser Sache. Trotzdem lassen sich natürlich andere Gegner die Gelegenheit nicht entgehen, um in sensationeller Aufmachung das Bevorzugen einer neuen Spaltung der NSD. in die Welt zu posaunen. Und es ist charakteristisch, daß dabei wieder der Arm in Arm die deutschnational-nationalsozialistische „Schlesische Zeitung“ und die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ der SA gehen. Die erste redet in ihrer gestrigen Abendnummer, die letztere in ihrer heutigen Nummer, beide in einer Aufmachung, die über die ganze erste Seite geht, von einer neuen Spaltung der NSD. bzw. der Zerlegung der NSD. Jeder kleine Zwischenfall wird halt von unseren Gegnern dankbar benutzt, um gegen die NSD. vorzugehen, da es diesen Gegnern, sei es den Faschisten oder ihren Hilfspolizisten in der NSD. sonst nicht gelingt, die NSD. zu schwächen.

## Uniformverbot bleibt bestehen

Der Preussische Minister des Innern hat am 1. Dezember 1931 folgenden Erlaß an sämtliche Ober- und Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin gerichtet: „Nach Pressmeldungen hat der dritte Strafsenat des Reichsgerichts in einem Urteil vom 30. November 1931 die auf Grund meines Erlasses vom 31. 8. 1931 ergangene Anordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, betreffend das Verbot des Tragens der Parteiuniformen der NSDAP, für ungültig erklärt. Ich erlaube, ungeachtet dieses Urteils, das offenbar im Widerspruch zu den Beschlüssen des dritten Strafsenats des Reichsgerichts vom 7. 8. 31 und vom 29. 9. 31 steht, das Tragen nationalsozialistischer Uniformen entsprechend den auf Grund des oben erwähnten Erlasses ergangenen Anordnungen der Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten in Berlin nach wie vor polizeilich zu verhindern.“

„Fadel“ das Organ dieses Sonderorganisations...  
Die meisten in Abreden die Reichstagswahl am 2. Dez. vorzugsweise von Deutschen sein muss, auf die Minister bestimmen

Geradezu protest aber ist es, wenn die SA, das Arbeitsbeschaffungsprogramm Görings als faschistisch bezeichnet. Wenn man allerdings von den 20 Punkten dieses Programms nur vier erwähnt, die übrigen 16 aber einfach übergeht, kann man kein richtiges Bild von der Natur dieses Programms geben. Wie kann das Programm im ganzen faschistisch sein, wenn die ganze Aktion Görings gerade deshalb verfehlt ist, weil er zu drei Vierteln nichts anderes tut, als noch einmal die wirtschaftlichen Tagesforderungen der Gewerkschaften und der Sozialisten in Deutschland zusammenzufassen? Direkt komisch wird die Sache aber, wenn man dann später in dem Artikel liest, daß in der Aktion Görings „offenbar eine christlich-faschistische Bewegung nach Form und Entfaltung sucht“. Begründet wird diese Behauptung mit der Tatsache, daß der Chefredakteur von Görings Blatt ein Zentrumsmann sei, der früher an dem oppositionellen Zentrumblatt, der „Rhein-Mainischen Zeitung“ (müß heißen „Rhein-Mainische Volks-Zeitung“) tätig war. Daß Görings Wirtschaftsprogramm in einzelnen Punkten eine gewisse Verwandtschaft mit den Anschauungen der christlichen Gewerkschaften zeigt, ist allerdings richtig. Aber die „Rhein-Mainische Zeitung“ ist gerade ein Zentrumblatt, das so antifaschistisch wie nur irgend möglich ist. Die großen Gelehrten von der „SA“ sollten in dieses Blatt mal gelegentlich hineinschauen. Und auch die Wirtschaftsauffassung der christlichen Gewerkschaften ist keineswegs faschistisch. Die „SA“ muß dann selbst mitteilen, daß das Reichspanner sich von Göring losgelöst hat und seine Aktion ablehnt. Trotzdem bezeichnet sie kein Vorgehen als „ein legitimes Kind der schwarz-rot-goldenen Staatspolitik“. Wenn die „SA“ Göring dann am Schluß als einen „faschistischen Monomanen“ bezeichnet, so hat sie mit dem Ausdruck Monomanen sicherlich recht, kraft damit aber ihre eigene Auffassung von der ganzen Angelegenheit lügen, indem sie damit selbst kennzeichnet, daß es sich eben nicht um eine Zerlegung der NSD. handelt, sondern um ein Stedenpferd eines Eingängers. Weiterem treibt sie hier mit dem Begriff des Faschismus denselben groben Anflug, den die Kommunisten mit ihm treiben, wenn sie die Politik der NSD. als Sozialfaschismus bezeichnen. Wenn allerdings alles das, was einem nicht paßt, ohne weiteres Faschismus ist, so dann — dann hört jedes sachliche Diskutieren auf, denn dann ist die geistige Verwirrung in den Köpfen derer, die so mit den Begriffen spielen, vollständig.

## Die Bestechungen durch die österreichische Kreditanstalt

Wien, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Nationalrats teilte der Finanzminister am 3. Dezember die Bestechungsangelegenheit der Creditanstalt mit, daß von den Geldern 60.000 Schilling den Aktionären zugesandt wurden, 35.000 Schilling dem Aktionär 33.000 der christlich-sozialen Kleinrentnerorganisation und dem Gläubiger-Schutzverband der Heimwehr. Die Listen und Verzeichnisse der Bestechungen sind in Höhe von insgesamt 260.000 Schilling gewisse Beträge erhalten haben, wolle er nicht öffentlichen, sondern der Journalisten-Organisation Wien zur weiteren Verhandlung im Ehrenrat übergeben.

## Rechtlichen der Deutschen Nationalen

Die meisten in Abreden die Reichstagswahl am 2. Dez. vorzugsweise von Deutschen sein muss, auf die Minister bestimmen

## Nazibauer schlägt seinen Gläubiger nieder

Kiel, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In Neukirchen in Dittmarschen hat Schmiedemeister einen Nazibauer wegen Schulden verklagt und ein Pfändungsurteil erlangt. Das Amtsgericht in Lauenburg hat kurzem geschlossenen Vergleich bestätigt. Die Schuld anleihen abgedeckt werden. Die Landeshauptstadt schließt die Abwicklung als händel überwachen.

## Der Konkurs der Stadt Glashütte

Der seit einigen Jahren andauernde Konkurs der Stadt Glashütte in Sachsen ist nunmehr beendet. Das Amtsgericht in Lauenburg hat kurzem geschlossenen Vergleich bestätigt. Die Schuld anleihen abgedeckt werden. Die Landeshauptstadt schließt die Abwicklung als händel überwachen.

## Riefenkundgebung des Berliner Reichsbanner

Das Berliner Reichsbanner veranstaltete Mittwochabend im Berliner Sportpalast eine Kundgebung gegen den Faschismus. Die Kundgebung, in deren Verlauf alle Redner Regierungstellen eine energische Abwehr des Faschismus forderte mit einem Treuegelöbnis für die Republik und Demokratie.

## NSD. wirbt um die Bombenleger

Die ehemaligen Bombenleger müssen die NSD. eine seltene Anziehungskraft ausüben. Einer von der frühere Hofbesitzer und Stahlhelmliebesheimers, befindet sich auf Grund einer Einladung der Kommunisten zur Zeit auf einer Studienreise nach Rom. Den anderen hat, wie die zu Judas verurteilten Landvolkführer Bid und Vahma einer Verklammerung erklärt, die NSD. versprochen, als Schulden zu bezahlen, wenn sie für die Kommunisten Propaganda machen wollten. Aber sie hätten das Angebot abgelehnt, Bid und Lufmann.

## Die Bestechungen durch die österreichische Kreditanstalt

Wien, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Nationalrats teilte der Finanzminister am 3. Dezember die Bestechungsangelegenheit der Creditanstalt mit, daß von den Geldern 60.000 Schilling den Aktionären zugesandt wurden, 35.000 Schilling dem Aktionär 33.000 der christlich-sozialen Kleinrentnerorganisation und dem Gläubiger-Schutzverband der Heimwehr. Die Listen und Verzeichnisse der Bestechungen sind in Höhe von insgesamt 260.000 Schilling gewisse Beträge erhalten haben, wolle er nicht öffentlichen, sondern der Journalisten-Organisation Wien zur weiteren Verhandlung im Ehrenrat übergeben.

PETER RISS  
**Arthurs Amos**  
Kriegsroman der Siebzehnjährigen  
Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag G.m.b.H. Hamburg-Bergedorf  
70. Fortsetzung.  
Meine Schwester hat einen traurigen Brief geschrieben: Sie war zum Hamster auf Land. Morgens fort um vier Uhr bei kräftigem Regen. Bei Wittenburg hat sie die Bauernhäuser abgeklappert nach Kartoffeln. In der Manteltasche drei dünne Stübe Margarinebrot für den ganzen Tag. Blaugefärbten und schwindlig vor Hunger ist sie von Haus zu Haus gegangen, manchmal hat ihr jemand ein paar Pfund gegeben, manchmal auch einer eine Tasse Weines. Um sechs Uhr abends hat sie einen halben Jentner zusammengebracht, pfundweise. ... Wie war sie glücklich, dem Vater mal wieder ein paar Maßzeiten geben zu können. Knapp hat sie sich noch in der Dämmerung auf durchweichten Wegen nach dem Bahnhof geklettert, halbtot vor Erschöpfung. ... Und am Bahnhof in ein dicker Geldgarn gekommen und hat ihr alle Kartoffeln abgenommen, alle. Gelächert und gefieft hat meine Schwester, aber der Schweinehund hat sie angeknurrte und ihr gedroht, er würde sie einperren, wenn sie nicht ruhig sei. Und so hat er es mit verzichtenden anderen Frauen, die auch in diese Falle gingen, ebenfalls gemacht. Vom Zug aus haben sie ihn noch verstanden. Er hätte sie ihn, aber es waren wehrlose, schwache Arbeiterfrauen, deren Brüder und Männer nicht dabei waren, weil sie für das herrliche Vaterland ihr Leben lassen dürften. ... In der Bahn hat meine Schwester eine Woche mit hohem Geruch geatmet, hat um sich geschlagen und immer nach den zerdrückten Kartoffeln geschrien. In der Bahn haben sie ihr noch erzählt, daß es fast überall so ist. Vaters Mutter ist gestorben, schreibt meine Schwester

weiter. Sie hat den Tod ihres Sohnes nicht überleben können. Sie ist für arm beerdigt worden. ... Sumanns Mutter war auch da. Sie war ganz aufgelöst, weil sie noch keine Post von ihrem Sohn hatte. Als sie hörte, daß ich auch noch nicht geschrieben habe, ist sie etwas ruhiger fortgegangen. Wenn sie wüßte, wie ihr Sohn verredete, würde sie irrennig werden. ... Der vorlezte Kufetrag ist angebracht. Es ist schrecklich, darüber zu schreiben, welche Fälle von Grauen uns die Kette zuhört, wenn wir an die Stunde des Abmarsches nach vorne denken. ... Ich weiß, daß von Jandern bis an die Aisne Tausende von Soldaten sind, die von diesem entsetzlichen Drudd gebeugt auf das Ende ihrer Tage oder auf den Anfang des Wanders harren, das sich Frieden nennt, daß sie den Gedanken nähren, sich selbst zu verstümmeln, weil es der letzte, schmale, unsichere Weg ist, der sie an dem Abgrund, der als Tal des Todes vor ihren schredensweiten Augen gähnt, vielleicht vorbeiführt. ... Angst? Oh nein! Angst kennen wir nicht mehr; die Herzen der Angst sind längst erdiedt. Wir haben zu viele Tote gesehen, sie haben das Weien der Angst mit in ihre Massengräber genommen. ... Aber wenn wir die Verweijung ihrer gemuschelten Leiber, dieser armen, von Lärm schon vorher zerfetzten, von Seuchen vergifteten Leiber, deren Gestank bis in unsere qualvollen Träume dringt, — wenn wir diese eiternde, schleimige Verweijung riechen, dann regt sich auch in dem dumpfigen Bauernbüßchen, in dem einstmaligen Kriegsgeliebten, die Abwehr der Kreatur, die nicht gemordet werden will, die mit ungeheurer Verzweiflung die dichten Berzane der Beziehe des „Vaterlandes“ durchbrechen will, um endlich wieder frei atmen zu können, ohne den entsetzlichen Gedanken an den Meuchelmord für „Kaiser und Reich“ ... ganz gleich mit welchen Mitteln ... verzweifelt und irrennig. ... Denn immer tiefer dringt der zukende Strom der Erkenntnis wie Elektrizität in unsere müden Knochen und Hirne, daß wir geboren wurden, um zu leben, daß wir diesen belebenden Strom allen anderen Kameraden mitteilen sollen, um sie mitzureißen ... hinein in die flammende Empörung gegen

unzere Mördergeneräle, die im Auftrag der Börse: „Kaiser Reich“ uns immer wieder auf dem Schlachtfeld der Ehre fallen lassen wollen, damit unser Blut ihre Keder dünge. ... Wir wollen nicht mehr, verstanden? Wir sind nicht wahninnig genug! ... Aber die Generäle lächeln, sie wissen, daß wir immer einmal in die Gräber marschieren. ... An uns liegt es! ... „Heut is doch Sonntag, waa?“, fragt Adamant, träumender Ausdruck ist in seinem kleinen Gesicht. Ich diesen Ausdruck in den letzten Tagen oft an ihm bemerkt, sieht noch etwas wohlher aus, es mag daher kommen, daß die Hoffnung, Posten werde bald mit seiner Frau und seiner sprechen, das Schreckliche der vergangenen Tage vergessen, ihn wenigstens etwas hinweghilft über sein und unter Schicksal. ... Ich kann eine Ahnung von Adamants Tod nicht werden. Oh diese entsetzlichen Ahnungen: Ich hatte mich Minulla und bei Sumann. Der Kleine geht neben mir und Schöne heraus. „Wat hast'n Peter?“, fragt er weiter und meine Hand. Wir stehen jetzt auf der Dorfstraße. Graulich und zertreten liegt der Schnee. Die Straße mündet in Marktplatz hinein, der verlassen und trostlos dastet. ... Ueber diesem Dorfe und seiner Ruhe hängt wie ein geheures Spinnweb der Frieden des Todes und schredlich Vorahnungen kommender Stunden. ... Ich zwingt mich, den Kleinen anzusehen. Erwacht er zu mir hoch, kriecht tiefer in den viel zu großen Mantel, kaum ist noch sein Kopf zu sehen. Wir schlurzen durch Pfützen. ... „Sonntag, Friß? Das weiß ich nicht. Is noch auch nicht da, man es nicht weiß. Da wird man wenigstens nicht an erinnert. ... Ich weiß nichts mehr zu sagen, es ist leer und in meinem Innern. (Fortsetzung folgt)

# Räuber aus der „S.A.Z.“

Die S.A.Z. erhebt für die Nachkriegszeit die Forderung der Sozialisten

Es ist immer eine große Unterhaltung, wenn vor-  
hergegangene Ereignisse in der „S.A.Z.“ wieder  
aufgegriffen werden. Denn was dieses Organ der  
S.A.Z. in seinen Spalten veröffentlicht, das ist  
immer ein gewisses Übermaß an Unterhaltlichkeit,  
das man in einem ernsten politischen Blatt nicht  
finden sollte. Die großen Artikel „Der wirtschaftliche Wandel“  
vom 27. November, in dem die „S.A.Z.“ nicht  
nur die Nationalsozialisten, sondern auch die  
Kommunisten, die sie ihnen für ihre Verbrechen  
verantwortlich macht, sind wie schon eingangs  
erwähnt, ein Beispiel für diese Unterhaltlichkeit.  
Über auf diesen Artikel zurückzukommen, weil, auch abgesehen  
von der bereits kritisierten, noch andere sehr schöne  
Beispiele zu finden sind. So wird dort nämlich eine Vorrede  
auf den Genosse Sperling von seinem bisherigen  
Staatsoberleiter Abgang trennen wollen, um an seine  
Stelle einen aus dem Reichsinnenministerium ausgeschiedenen  
Dr. Spieker zu setzen. Die „S.A.Z.“ kritisiert  
diese weitgehende politische Forderung. Nur schade, daß  
die ganze Geschichte nichts Wahres dran ist.  
Die Entlassungen in Berlin sind mitgeteilt, daß  
die „S.A.Z.“ diese „Nachrichten“ völlig aus den  
Sachen gelassen hat. Es gibt denn auch kein anderes  
Merkmal, das diese Nachricht gebracht hat. (Aber  
die tabulierten Nachrichten, das dabei aber auf die Wochen-  
zeitung der S.A.Z. sticht.)

Auf demselben Niveau journalistischer Zuverlässigkeit steht  
aber ein anderer, dreiseitiger aufgemachter Artikel in der  
letzten Ausgabe der „S.A.Z.“, in dem die Räubergeschichten von  
Hitler, die Hitler mit General Schleicher im  
Reichsministerium gehabt haben soll, erzählt werden,  
in ganz sensationeller Aufmachung. Die Quelle ist das  
Buch der Straßer-Leute, die „Schwarze Front“,  
in dem die Erzählungen von Hitler schon die Zusammenfassung  
der Regierung von Hitler's Gnade befand. Es wird  
keine Meinung ausgedrückt, daß man mit einem solchen  
Verfahren mit Gewissheit rechnen könne. Aber noch ist die  
Meinung mit dem Zentrum nicht ganz vollständig, da noch Dis-  
senz in bestimmten Verhältnissen besteht. Wir wollen  
mit der Widerlegung dieser ebenfalls aus den  
gerne gesagten Märchen nicht länger beschäftigen.  
Die Wahrheit ist zu offensichtlich. Wenn Hitler mit dem  
Zentrum einig werden will, wird er gerade mit General Schleicher  
einig werden. Die „S.A.Z.“ hat diese Nachricht einem gegnerischen  
Blatt entnommen. Wenn das kritisch-prüfend und nicht wahl-  
los hier offenbar, geschieht, ist das unter Umständen be-  
gründet. Aber wenn die „S.A.Z.“ auch ihre Beurteilung  
der Wertigkeiten im Wirtschaftsbeirat einer Aus-  
sage eines gegnerischen Presseorgans, nämlich des Presse-  
organs der christlichen Gewerkschaften entnimmt, so sieht die  
Sache schon anders aus. Die „S.A.Z.“ polemisiert gegen die  
Gewerkschaften wegen des Verhaltens ihrer Vertreter  
bei der letzten Sitzung des Wirtschaftsbeirates der Reichs-  
regierung, indem sie das gegnerische Blatt als  
Quelle für eine Meinung benutzt, d. h. die  
„S.A.Z.“ bezieht ihre Auffassung in bestimmten Fragen von der  
christlichen Presse. Aus leicht durchschaubaren politischen  
Gründen versucht nämlich der Verfasser der christlichen  
Gewerkschaften, die Gegnerschaft des A.D.G.S. gegen die Richt-  
linien der Reichsregierung abzuschwächen, und behauptet, daß der  
Verfasser diese Richtlinien von Braunmann in durchaus ver-  
ständlichem Ton vorgebracht worden sei und daß von einem Gegen-  
satz der Regierung Brünning nicht die Rede sein könne. Nun, das  
ist subjektive Auffassung der christlichen Gewerkschaften. Daß  
Braunmann seinen Protest in anständigem Ton geäußert hat und  
wie ein Räpel, kann man ihm unserer Meinung nach nicht  
verwehren. Im Gegenteil. Aber daß in diesen Fragen ein scharfer  
Gegensatz der freien Gewerkschaften zur Regierung Brünning  
besteht, dazu braucht man ja nicht die Meinung der christlichen  
Gewerkschaften zu hören, sondern das geht aus dem Wortlaut der  
Anrede der Gewerkschaften selbst klar hervor. Politische  
Bewertungen können allerdings aus dieser Gegnerschaft erit ge-  
zogen werden, wenn die Reichsregierung ihre Richtlinien in die  
Praxis umsetzen sollte. Solange es sich um rein theoretische  
Aussagen handelt, kann man zwar seine entgegen-  
gesetzliche Meinung äußern, aber mehr läßt sich solange nicht tun.

Nach hübscher ist ein anderer Fall, in dem die „S.A.Z.“  
die christliche Presseorgane als Nachrichtenquelle benutzt. In der  
letzten Ausgabe der „S.A.Z.“ ist eine Meldung der Tele-  
graphen-Union wiedergegeben, in der mitgeteilt wird, daß die  
Proletarorganisation wegen der Weigerung der Staatswirt-  
schaft und der Kollektivwirtschaften, das Getreide abzuliefern,  
streikend sei. Die „S.A.Z.“ bringt diese Meldung, um die  
Meldung zu entkräften. Nun, wenn sie diese Meldung  
als Falschmeldung hält, warum bringt sie sie dann erst? Es  
ist auch andere Nachrichtenbüros, als ausgerechnet die  
christliche Telegraphen-Union. Doch das ist nicht die  
Frage. Aber unmittelbar darunter druckt sie eine andere  
Meldung aus der Telegraphen-Union ab, in der über An-  
forderungen der Sowjetregierung berichtet wird, die die Ver-  
einer der Uberschüsse der Getreidewirtschaften regeln. Und  
die „S.A.Z.“ bildet sich nun ein, daß durch diese zweite Meldung  
die Meldung der T.M. widerlegt werde. Dabei bringt die  
Meldung nichts weiter, als daß in einzelnen Getreide-  
bezirken der Sowjet-Union Uberschüsse vorhanden seien und  
diese auf bestimmte Weise verwendet werden sollen. Damit  
wird auf keine Weise widerlegt, daß im ganzen gesehen in der  
Sowjetwirtschaft eine Unterversorgung mit Getreide vor-  
handen ist. Beides ist sehr wohl nebeneinander möglich, es  
kann die Uberschüsse in wenigen Getreidewirtschaften nur  
die Defizite in zahlreichen anderen gegenüberrechnen. Die  
„S.A.Z.“ muß selbst einräumen, daß die Gründe in Russland dieses  
Unternormal ist. Aber in ihre Russland-Vorleser ist sie so  
überzeugt, daß sie ungenügende Meldungen über Russland von  
anderen für falsch hält. Es kann der „S.A.Z.“ verratet werden,  
daß andere Quellen über die Gefahren der Unterversorgung  
mit Getreide in diesem Jahre berichten, und daß sogar  
unabhängige Quellen ähnliche Mitteilungen enthalten.

Wie wir uns seinerzeit zu Beginn der Spaltung mit den  
Nationalsozialisten auseinandergesetzt, haben wir dargelegt,  
daß die Partei mit der Zeit zwischen S.P.D. und K.P.D. zerrieben  
wurde. Die Konsequenz der Abspaltung sein würde, daß ein  
Abgespaltenen indifferent werde, ein anderer Teil aber  
den Kommunisten gehen würde. Diese Bewegung ist wie  
bereits gesagt, bereits in vollem Gange. Wir haben  
schon davon berichtet, daß sich in der „S.A.Z.“ bereits  
zwei Richtungen voneinander abspalten zu beginnen, von  
denen die eine zu den Kommunisten strebt, während die andere  
den Übergang zu den Nationalsozialisten widerstrebt. Für diese  
Zerlegung sind in der Zwischenzeit neue Beweise bekannt  
geworden. Zunächst ist die Einigungsversammlung in Breslau  
ein Beweis. In ihrer Mittwoch-Ausgabe regt sich zwar  
noch ein mächtiger Widerstand gegen diese Versammlung,  
weil wir in diesem Bericht gesagt haben, daß die  
Nationalsozialisten die mächtigsten Beschimpfungen durch die  
Kommunisten eingeleitet habe, man braucht aber nur in den fünf  
unabhängigen Bericht der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

einzuweichen, um die Möglichkeit anderer Verhältnisse zu erkennen.  
Zunächst ist die Sache so, daß die K.P.D. der S.P.D. gegenüber  
ihren Brief vor die Augen geworfen hat und daß die S.P.D.  
trübsinnig darauf geantwortet hat, wie die K.P.D. selbst.  
Ganz ist es in der Versammlung nicht zum Ausdruck gekommen,  
wie solche Gerüchte zunächst vorzutreten ließen. Über es ist nur  
bevorzugt nicht zum Ausdruck gekommen, weil es eben die S.P.D. ist  
alles gefallen ließen. Natürlich ist die ungewollte Diskussion  
möglich, wenn der eine, der bekämpft wird, alles einleitet. Aber  
ob das noch vollstreckt sind, die auf ihrer eigenen Überzeugung  
bestehen, scheint uns doch recht zweifelhaft zu sein. Auch in  
Sachsen sind ähnliche Versammlungen gewesen, und nach den  
Berichten, die wir darüber gelesen haben, ist es dort in diesen  
Versammlungen ganz ähnlich hergegangen. Wie haben vor  
einiger Zeit schon einen Artikel Ströbel's im „Anderen  
Deutschland“ zitiert, in dem gegen diese Entwicklung der  
S.P.D. Front gemacht wurde. Inzwischen hat Ströbel im  
„Anderen Deutschland“ einen zweiten Artikel der gleichen Art  
veröffentlicht, der, ohne die S.P.D. ausdrücklich zu nennen, sich  
doch ganz offensichtlich gegen die in ihr herrschende Richtung  
wendet und außergewöhnlich scharf gegen die herrschende Richtung  
polemisiert. Wie sehr sich aber ein Teil der S.P.D. auf dem  
Wege zur K.P.D. befindet, zeigt am besten das Verhalten der  
Parteivertreter in Sachsen anlässlich des von den Kommu-  
nisten beantragten Volkstags in Chemnitz. Überall dort  
in Sachsen, wo Angehörige der Richtung Fritz Lewy-  
Zweiling usw. auftreten, tritt die S.P.D. für diesen  
Volkstagsbescheid ein. Überall da, wo Vertreter der  
Richtung Ströbel-Siemsen auftreten, treten sie gegen  
den Volkstagsbescheid auf. Der Parteivorstand der S.P.D.  
hatte die Teilnahme am Volkstagsbescheid gemeinsam mit den  
Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschnationalen und dem  
Landvolk mit Stimmenmehrheit abgelehnt, die sächsischen Orts-  
gruppen der S.P.D. haben zum Teil die Teilnahme beschlossen.  
Einige sind auch dagegen. Nun ist jeder in der S.P.D., was er  
will. Dabei zielt der Volkstagsbescheid auf nichts anderes, als in  
Sachsen eine sächsisch-friedliche Regierung aus der Welt zu bringen. Dabei  
hat sich Seydewitz, so lange er noch der S.P.D. angehört,  
selbst stets dagegen gewehrt, die gegenwärtige Minderheits-  
regierung in Sachsen zu führen, um das sächsisch-friedliche Regime zu  
verhindern. Was die Vertreter der Richtung Lewy-Zweiling  
in der S.P.D. in Sachsen tun, ist geradezu eine erneute Hilfs-  
leistung für den deutschen Faschismus und infolgedessen ein  
erneuter Verrat an der Arbeiterklasse.

Wie sehr auch sonst die Meinungen in der S.P.D. bereits  
wieder auseinandergehen, dafür ist ein schlagendes Zeugnis ein  
großer Artikel von Anna Siemsen „Zur Außenpolitik“ in der  
letzten Sonntagsnummer der S.P.D. In diesem Artikel polemisiert  
Anna Siemsen scharf gegen die S.P.D. gegen einen S.P.D. mit  
Namen Plumhohn. Anna Siemsen verteidigt aufs Ent-  
schiedenste die Aufrechterhaltung des Völkerbundes und das Ein-  
treten der Sozialisten der verschiedenen Länder für den Völk-  
bund. Sie nimmt in dieser Beziehung genau den Standpunkt  
ein, den die ganze Jahre hindurch die Sozialdemokratische  
Partei eingenommen hat, ein Standpunkt, der freilich  
immer von dem linken Flügel der Opposition, also den  
jetzigen S.P.D.ern, bekämpft worden ist. Dieser Artikel greift  
aber über das besondere Problem des Völkerbundes weit hinaus.  
Anna Siemsen wirft überhaupt die Frage auf, was die Arbeiter-  
klasse in der Zeit bis zur Eroberung der Macht tun soll. Sie  
vertritt die Auffassung, daß die Arbeiterklasse zur Zeit nicht eine  
Machtergreifung durch das Proletariat wahrscheinlich mache,  
sondern daß umgekehrt die Machtergreifung der schlimmsten  
Sozialreaktion droht, und daß, wenn es zu irgend einer ge-  
walttätigen Machtergreifung käme, diese nicht  
sozialistisch, sondern faschistisch aussehen wird.“  
Und Anna Siemsen meint weiter, daß das Drittel der Wähler,  
das gegenwärtig sozialistisch gestimmt hat, nur eine Minderheit  
bilde, und daß es wohl klar sei, daß man mit einer  
solchen Minderheit nicht die Macht ergreifen  
kann.“ Wie wird es, ihr um Zweiling und Fritz Lewy? Das  
ist ja eine verführerische, reformistische“ Auffassung! So etwas kann  
man doch unmöglich in der S.P.D. gebrauchen, deren Ideologie sich  
von Tag zu Tag mehr der der Kommunisten nähert. Die S.P.D.  
hat sich doch nach der übereinstimmenden Darlegung aller S.P.D.-  
Redner und Presseauslassungen deshalb von der S.P.D. getrennt,  
weil sie revolutionär sein will. Also auch unter Umständen für  
eine Eroberung der Macht durch eine Minderheit! Außerdem  
legt auch Anna Siemsen in diesem Artikel wieder dar, was  
seinerzeit schon Gumbel in einer der ersten Nummern der  
„Fackel“ ausgeführt hatte und was wir schon bei Beginn der  
Eroberung den Spaltem vorgehalten haben, daß nämlich, wenn  
wirklich die Krise zum völligen Zusammenbruch der kapitalistischen  
Wirtschaft führen würde, die Arbeiterklasse im Augenblick gar  
nicht imstande wäre, die Führung der Wirtschaft praktisch im  
einzelnen zu übernehmen. Und wenn dann die Genossin Anna  
Siemsen noch wörtlich schreibt: „Wir leben heute in einer kapi-  
talistischen Welt, die wir überwinden wollen, aber um sie zu  
überwinden, müssen wir in ihr leben. Wenn diese Welt sich  
besor wir zur Macht gelangen können, sich in ein Chaos auflöst,  
so ist das für die Arbeiterklasse ein Unglück und für den  
kommenden Sozialismus eine Gefahr“, so ist die  
allein mögliche Folgerung aus diesen drei Sätzen; folglich müssen  
wir dafür sorgen, daß die kapitalistische Wirtschaft solange funk-  
tioniert, bis wir zur Macht gelangt sind. Wenn man aber diese  
Folgerung zieht, dann hat ja Anna Siemsen genau das gesagt,  
was die S.P.D. immer mit äußerster Heftigkeit bekämpft hat,  
nämlich sie hat dann das Wort Tarnows vom Leipziger Parteiober-  
tag wiederholt, daß wir nicht nur der Erde des Kapitalismus,  
sondern auch der Art der Wirtschaft sein müßten.

Endlich weist Anna Siemsen mit aller Deutlichkeit darauf  
hin, daß wir die Macht nur im internationalen Rahmen er-  
obern können, nicht aber im nationalen. Auch das ist eine der  
von der S.P.D. immer so heftig bekämpften „reformistischen“ Auf-  
fassungen der S.P.D. Es kann wirklich nur komisch wirken, wenn  
die „S.A.Z.“ solchen Meinungsgegenständen gegenüber von der Ge-  
schlossenheit und der Einigkeit der S.P.D. redet.

Am meisten unwillig komisch wirkt in der „S.A.Z.“ aber  
immer die Breslauer lokale Beilage. Sie ist eine Quelle un-  
getrübter Heiterkeit für die Leser. Sie ist so inhaltslos wie  
ein kleines Rindfleischbällchen und in ihrer Berichterstattung so  
bummelig und zögernd wie ein alter, lahmer Gaul. Ueber die  
Bezirkskonferenz des Metallarbeiterverbandes am  
letzten Sonntag, auf der unter eingehender Darlegung  
der tatsächlichen Geschehnisse das Verlangen Fiegler's im  
letzten Streik der Metallarbeiter vor aller Deffent-  
lichkeit festgestellt worden ist, hat die „S.A.Z.“ bis gegen  
Mittwoch noch nichts gebracht. Ueber die Versammlung der  
S.P.D. im „Schlegelwerder“ am vorigen Freitag Abend bringt die  
„S.A.Z.“ ihren ersten Bericht in ihrer Nummer vom Mittwoch,  
also fünf Tage später.

Wir wollen es bei dieser kleinen Blütenlese bewenden lassen.  
Sie ließe sich noch um eine ganze Anzahl Stücke vermehren, aber  
wir fürchten, wir haben die Geduld unserer Leser schon zu lange  
in Anspruch genommen. Das Bild, das sich aus diesen Einzel-  
heiten ergibt, ist folgendes:  
1. Die Polemik gegen die S.P.D. ist der Haupt-

Lebensaufgabe der „S.A.Z.“. Sie ist die Hauptaufgabe der  
Partei, die die Arbeiterklasse zu den Nationalsozialisten  
führt.

2. Die S.P.D. ist die Partei der Arbeiterklasse.  
3. Die S.P.D. ist die Partei der Arbeiterklasse.  
4. Die S.P.D. ist die Partei der Arbeiterklasse.

## Skandal in Nazibräunischweig

Der Herausgeber eines nationalsozialistischen  
Revolutionsblattes in Helmstedt hat kürzlich behauptet,  
daß ihm vom Präsidenten der Braunschweigischen  
Staatsbank ein billiger Kredit in Höhe von 5000 M.  
angeboten worden sei. Als Gegenleistung sei die  
Unterlassung von Angriffen auf die Staats-  
bank verlangt worden. Später sei der Kredit in einem  
Inseratenauftrag bis 1937 umgewandelt worden,  
worauf 1200 Mark gleich ausbezahlt worden seien. Der Helm-  
stedter Zeitungsherausgeber brüstete sich damit, das  
Geld tatsächlich empfangen zu haben, um so „Beweise gegen die Staatsbank zu be-  
kommen“.

In einer Erklärung gibt die Staatsbank diese aufsehen-  
erregenden Behauptungen im wesentlichen zu. Sie befreit  
sogar „Schweigger" von der Unterlassung, aber es wird nicht  
in Abrede gestellt, daß mit dem Skandalblatt wegen verschiedener  
Angriffe ein Inseratenabkommen abgeschlossen wurde. Dies sei  
auf Anraten der Geschäftsstelle geschehen, um die  
„Beunruhigung im Geschäftsleben zu vermeiden“. 1200 M.  
seien von der Staatsbank als Vorstufe gezahlt worden.  
Der Empfänger hätte sich schriftlich verpflichtet, keine weiteren  
Scharfartikel zu bringen. Nunmehr sei die Staatsbank mit  
der Verfolgung der Angelegenheit beauftragt worden.

Es ist mehr als ungewöhnlich, daß eine Staatsbank sich zu  
derartigen Subventionen gegenüber einem Revolverblatt verhält.

## Budgetdefizit auch in Frankreich

Paris, 3. Dezember. (Eigener Fernbericht.)  
Der Finanzausschuß der französischen Kammer  
hat am Mittwoch mit der Prüfung des Budgets für  
das Jahr 1933 begonnen, das nur neun Monate, vom April  
bis Dezember 1932, umfaßt. Der Regierungsentwurf  
sieht Einnahmen von etwa 41 Milliarden Franken und  
Ausgaben von etwa 40,9 Milliarden vor, so daß sich auf dem  
Papier ein Uberschuß von 100 Millionen Franken ergibt. Der  
Generalberichterstatter des Ausschusses wies  
aber in der Erläuterung des Regierungsentwurfes darauf hin,  
daß das Gleichgewicht nur mit Hilfe außerordent-  
licher Maßnahmen erzielt worden sei, die in Zukunft  
nicht aufrechterhalten werden könnten, so daß schon jetzt für das  
Finanzjahr 1933 ein Defizit von etwa 6 Mil-  
liarden Franken vorauszusehen sei.

Im Anschluß an die Erläuterungen kam es im Anschluß zu  
einer Debatte. Der radikale Abgeordnete Rogaro  
beantragte, den Entwurf an die Regierung zurückzuverweisen, da-  
mit sie einen neuen vorbereite, der der Wirklichkeit besser ent-  
spreche. Da die Mehrzahl der Ausschussmitglieder diesen Antrag  
für zu weitgehend hielt, schlug der Sozialist Lurial vor,  
mit der Prüfung des Ausgabenbudgets zu beginnen, aber die  
Regierung aufzufordern, zwischen die notwendigen Maßnahmen  
zur Herstellung eines wirklichen Gleichgewichtes zu treffen. Dieser  
Vorschlag wurde mit neun gegen sieben Stimmen abgelehnt.

## Frauenstimmrecht in Spanien

Madrid, 2. Dezember. (Eigener Fernbericht.)  
Die spanische Nationalversammlung beschloß,  
das Stimmrecht für Frauen ebenfalls in der Ver-  
fassung festzulegen.  
Die Wahl Alicia Zamoras zum Staats-  
präsidenten wird voraussichtlich am 8. Dezember erfolgen.

## Devisenabfluß gestoppt

Der Reichsbank ist es gelungen, in der letzten No-  
vemberwoche die Devisenabflüsse stärker abzu-  
stoppen. Für die Gold- und Devisenbestände wird ein An-  
stieg von nur 900 000 Mark auf 175,3 Millionen Mark an-  
gegeben. Im einzelnen haben die Goldbestände um 3,6 Mil-  
lionen Mark auf 170,3 Millionen Mark zugenommen. Die  
Devisenbestände sind um 27 Millionen Mark auf 2,7 Mil-  
lionen Mark (im Vormonat 2,7 Millionen Mark) gesunken.  
Die Deckung, die am Ende der 3. Novemberwoche auf 23,3 Prozent  
gesunken war, hat sich auf 27,5 Prozent erhöht.

Die Anforderungen an den Reichsbankkredit haben sich  
gegenüber dem Novemberultimo auf der Höhe des Vormonats  
gehalten. Es sind Kredite im Ausmaß von 437,4 Millionen Mark  
neu gewährt worden (Ende Oktober 448,7 Millionen Mark).  
Damit steigt der gesamte, von der Reichsbank gewährte Kredit  
auf 4314,2 Millionen Mark an und liegt unter dem Stand des  
Vormonats (Ende Oktober = 4351,9 Millionen Mark). Im  
einzelnen haben sich die Bestände an Handelswechseln und Schecks  
um 246,3 Millionen Mark (im Vormonat 342,6 Millionen Mark)  
auf 3901,3 Millionen Mark (im Vormonat 4009,5 Millionen  
Mark) erhöht. Der Lombardkredit erhöhte sich um 135,3 Mil-  
lionen Mark (Vormonat 106,2 Millionen Mark) auf 254,3 Mil-  
lionen Mark (im Vormonat 239,5 Millionen Mark). Ueber  
Verkauf von Reichsschatzwechseln ist ein Kredit von  
57 Millionen Mark in Anspruch genommen worden, Ende  
Oktober waren Reichsschatzwechsel nicht vorhanden.

Im Zusammenhang mit der Kreditausweitung sind  
374,9 Millionen Mark Noten erneuert in den Verkehr abgefloßen.  
Der Notenumlauf hat sich damit von 3167,2 Millionen Mark  
im Vormonat auf 5060,7 Millionen Mark Ende November ver-  
ringert.

## Umläufiger Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieger  
(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)  
Die Wetterlage erweist sich weiterhin als ungenügend. Nach-  
mittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 3. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 4. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 5. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 6. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 7. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 8. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 9. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 10. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 11. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 12. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 13. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 14. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 15. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 16. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 17. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 18. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 19. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 20. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 21. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 22. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 23. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 24. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 25. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 26. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 27. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 28. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 29. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 30. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 31. Dezember auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 1. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 2. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 3. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 4. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 5. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 6. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 7. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 8. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 9. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 10. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 11. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 12. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 13. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 14. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 15. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 16. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 17. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 18. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 19. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 20. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 21. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 22. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 23. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 24. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 25. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 26. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 27. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 28. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 29. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.  
Nachmittags kühlerer, nachts kühlerer. Die Temperaturerwartung  
ist für den 30. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius. Die Tempe-  
raturerwartung ist für den 31. Januar auf 10 bis 15 Grad Celsius.

**Genossen - Abschied**

Am Montag verschied unser langjähriges Mitglied  
**Alfred Sprich**  
 (geb. 18. Juni 1878) im Alter von 53 Jahren.  
 Seine Beerdigung findet am Freitag, 13. Dez., 11 Uhr, in der Friedhofhalle in Kriegerstr. 8 statt.

Am 1. Dezember, verschied unser langjähriges Mitglied  
**Frau Pauline Löbner**  
 im Alter von 59 Jahren.  
 Ihre Beerdigung findet am Freitag, 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbschen, Trauerhaus Forckenbeckstr. 8.

Am Dienstag, den 1. Dezember 1931, verstarb unsere langjährige Parteigenossin  
**Pauline Löbner**  
 im Alter von 59 Jahren.  
 Ihre Beerdigung findet am Freitag, 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbschen, Trauerhaus Forckenbeckstr. 8.

**Gesamverband der Arbeiter.**  
 Am Dienstag, den 1. Dezember, verstarb unser wertiges Mitglied, der Hühner Marstallbedienter  
**Alexander Böhm**  
 im Alter von 54 Jahren.  
 Seine Beerdigung findet am Freitag, 4. Dezember, nachmittags 2 Uhr, in der Halle II des Gräbschener Friedhofes (Gierl'sche Kapelle).

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Am 29. November verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Stellmacher  
**Paul Meier**  
 im Alter von 47 Jahren.  
 Seine Beerdigung findet am Freitag, 4. Dezember, nachmittags 2 Uhr, in der Leichenhalle II des Oswitzer Friedhofes.

**Genossen!** Fahrräder u. Ersatzteile kauft ihr am billigsten im **Fahrradhaus Sieg** (neb. Barasch) gegen Organisationsausweis 5% Rabatt

Bei **Hautjucken, Flechten**  
**Offenen Füßen, Krampfadern**  
 auch veralteten Wunden ist die milde und wohltuende **San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe**  
 seit Jahrzehnten ärztlich empfohlen und bewährt.  
 In Original-Dosen à 1.25, 2.30 und 4.30  
 Zu haben in Apotheken  
 wenn nicht vorrätig, Versand kostenfrei durch **Elefanten-Apotheke, Berlin SW 19/62**  
 Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz)

**Wie der Weltkrieg entstand.**

Des amtl. Material und die Randbemerkungen des Kaisers 180 Seiten Preis nur 60 Pf.  
**Volkswacht - Buchhandlung**

Für jedes sozialistische Kind

**Kinderland 1932**

Preis 1.50 Mark

**Volkswacht - Buchhandlungen**  
 Neue Graupenstr. 5 / Flurstr. 4

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden (schwerer) wurde heute, herzogliche Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Frau Ida Härtel**

geb. Buchmeister  
 im Alter von 45 Jahren.  
 Breslau, den 2. Dezember 1931,  
 Fischerstr. 52  
**Der trauernde Gatte und Kinder.**  
 Beerdigung: Donnerstag, den 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Meisterei, Hundauer Straße.

Am 1. Dezember, nachmittags 2 Uhr, starb nach langem, schwerem, mit viel Geduld ertragenem Leiden, meine innig geliebte Frau, unser guter Tante und Schwägerin  
**Frau Pauline Löbner**  
 im Alter von 59 Jahren.  
 Dies zeigt schmerz erfüllt an  
 Breslau, den 3. Dezember 1931  
 Forckenbeckstr. 8  
**Wilhelm Löbner, als Gatte.**  
 Beerdigung: Freitag, 4. Dezember, nachm. 3 Uhr, im Krematorium in Gräbschen

**Leb- und Honig-Kuchen**

Marzipan / Nuß-Nugat  
 Dessert / Weinbrand-Pralinen  
 diese auch in ff. Geschenk-Kartons in großer Auswahl stets frisch bei

**B. Pohl**

Filialen in allen Stadtteilen Breslaus  
 Ferner in Bernstadt, Brieg, Canth, Frankenstein, Grottkau, Namslau, Neurode, Neisse, Ohlau, Oels, Striegau, Trebnitz, Groß-Wartenberg

**Lebensbilder**  
 erzählt von Willy Cohn  
**Wilhelm Liebknecht**  
 Mit 1 Bildnis 90 Pfennige  
 Volkswacht-Buchhandlung

**Pfänder-Auktion**  
 am 7. Dezember  
**Schneider**  
 Zimmerer-Kasse  
 schwarz u. grau Mandel mit Zollocken  
 12.50, 9.75, 8.50

**So will ich helfen!**



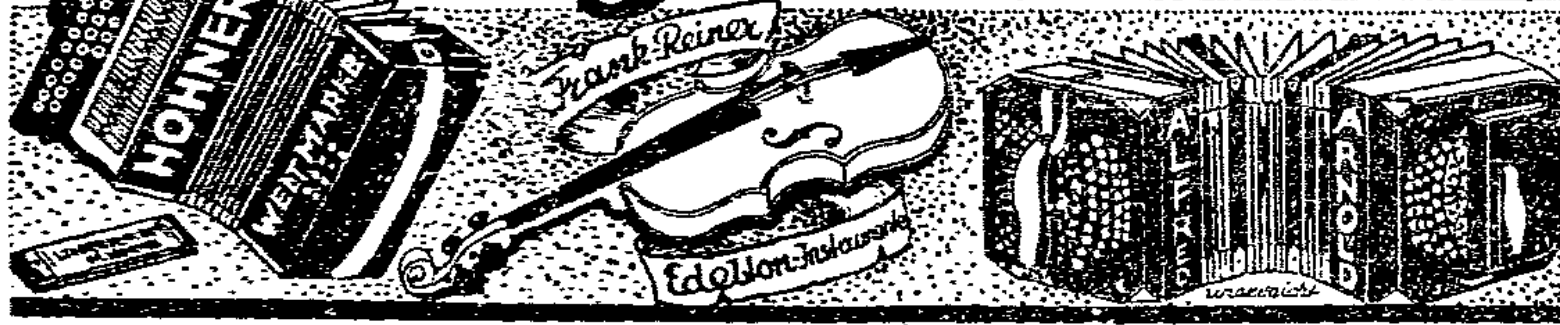
Größtes Musikhaus Ostdeutschlands gegr. 1913  
**Friedr. Wilhelmstr. 36 (Ecke Dessauerstr.)**

Ich habe den Alleinverkauf für Breslau und teils ganz Schlesien von folgenden Artikeln:  
 Das Weltwunder, die neuen unzerbrechlichen Schallplatten **Tempo**, 25 cm Durchmesser, doppelseitig RM 1.00 **Olympia**, 25 cm Durchmesser, doppelseitig. " 1.50  
 Großes Repertoire und fabelhafte Wiedergabe.  
 Die weltbekannte **Hohner-Mundharmonika** mit der Prägung „Lindert deutsche Not“ mit hervorragendem Ton. Adam RM 1.00, Eva RM 1.50.  
 Die berühmten preiswerten **Frank-Reiner-Streichinstrumente** mit Tonveredler in größter Auswahl. Von Musikern und Künstlern bevorzugt!  
**Alfred Arnold-Bandonions**, die Weltmarke. Das Idealinstrument für den Kenner!  
 Von dem sich aus dem Verkauf dieser Artikel bis Weihnachten ergebenden Reinverdienst stelle ich 20 Prozent zur Linderung der Not zur Verfügung. Jeder kann mithelfen, indem er sich selbst Freude schafft!  
**Mein Prinzip: Qualität und Volkspreise.**

Besonders beachten! Alle obengenannten Artikel sind nur in meinen beiden Geschäften **Friedrich-Wilhelm-Str. 36 (Ecke Dessauerstr.)** und **Ring 15 (Becherseite)** zu haben.

**Melzer**

**Friedr. Wilhelmstr. 36 (Ecke Dessauerstr.) u. Ring 15 (Becherseite)**



**HAUS DER VOLKS MUSIK**

MUSIK- u. VORTRAGS-SAAL



**Melzer**



**BANKHAUS MAX GITTLER**  
 GEGR. 1911



**Freude**  
 bereitet ein praktisches **Weihnachts-Geschenk**  
 in **Betten**

Streng reell und preiswert werden Sie seit Jahrzehnten bedient in der **Böhmische Bettfedern-Niederlage**  
**Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etage**  
 Kein Laden - daher besonders billig.

**Lebensbilder**  
 erzählt von Willy Cohn

**August Bebel**  
 Mit einem Bildnis 90 Pfennige  
 Buchhandlung Volkswacht, Breslau

FÜR **50 PFENNIG**

ein Buch für das ganze Jahr ist der **Neue-Welt-Kalender 1932**  
 Aktuelle, unterhaltende, belehrende Beiträge mit vielen Bildern und wieder das **große Preisausschreiben**

Zu beziehen durch:  
**Volkswacht - Buchhandlungen Breslau**  
 Neue Graupenstr. 5 / Flurstr. 4.

**Preiswerte Möbel**  
 Schlafzimmer  
 Küche komplett 45  
 Bettstellen  
 poliert, komplett 75  
 Küchenbüfett 50  
 Hutschrank 18  
 Auszugstisch 45  
 Roststühle 6.75  
 Plüschsofa 75  
 Teilzahlung gestattet  
**A. Nowotny**  
 Weidenstr. 23

**Arbeitslohn**  
 Tag und Nacht durch  
 anfertigung tonnen  
 von 4.50 bis 16  
 Burgstr. 7, Hrywa

**Preisabbau**  
 Schube  
 Wäsche, Trikots  
 Anzüge, Mäntel, Kleider  
**trotz Teilzahlung**  
 10% Rabatt  
**Mücke** Tauent  
 str. 10

**Wohnungen**  
 Hausreinigung  
 zu verg. Taubenschlag  
 Oderator erford. 20 u. 30  
 an die Gehaltsst. d. 30

**Kleine Anzeigen**  
 sind komplett geteilt  
 alle Anzeigen von 20  
 Kautschuk u. a. nur  
 Privaten Wert 3 Pfennig  
 - fern 4 Pfennig

Violin, Violon, mit  
 fällen und Bögen, billi  
 verkaufen Gräbschener  
 Nr. 54, I. Etg. links

**Die kleine Anzeig**  
 die Du aufgeben  
 wenn Du nicht  
 kaufen und lesen  
 gehört in Deine  
**in die Volkswacht**  
 Dort ist sie billiger  
 in der Bürgel  
 und bringt Dir  
**bestimmt Erfolg**

Breslauer Nachrichten

Mißbrauch von Feuermeldern

Schwere Strafen werden gefordert

Fast täglich kommt es in der Großstadt vor, daß... (Die Redaktion.)

Erregung einer Mißlieblichkeit haben wir uns wegen

Erregung einer Mißlieblichkeit haben wir uns wegen... (Die Redaktion.)

Polizeipräsident wird energisch gegen die Radfahrer

gegen die Radfahrer

Der Polizeipräsident schreibt uns: Ein großer Teil der Radfahrer trotz aller Mahnungen...

Breslauer Mieter fordern:

Senkung der Mieten auf den Friedensstand

Massenversammlung des Breslauer Mietervereins protestiert gegen die Pläne, die den Hauseigentümern neue Millionenangebote aus der Hauszinssteuer bringen soll

Die Pläne der Regierung, einen beträchtlichen Teil der Hauszinssteuer, der bisher in öffentliche Kassen floß, nunmehr dem „armen“ Hausbesitz zuzuschlagen, fordert mit Recht den Protest der Mieter heraus, die erwarten haben, daß ein Verzicht des Staates auf einen Teil der Hauszinssteuer zu einer fühlbaren Mietensenkung verwendet werden würde, zumal gerade in der gegenwärtigen Zeit radikale Lohnsenkungen und Abgabenerhöhungen durchgeführt werden, von Preisentzügen aber immer nur geredet wird.

Es ist aus diesen Gründen weiter nicht verwunderlich, wenn die für gestern abend in den großen Schießwerderaal einberufene Versammlung des Breslauer Mietervereins bis auf den letzten Platz besetzt war.

Als Redner war der Führer der norddeutschen Mieter- und Bodenreformbewegung, Stadtrat Kugler, Kiel erschienen, der in einem zweistündigen Vortrage die Geschäftslage der deutschen und ausländischen Hausbesitzer charakterisierte und alle die Hinterhältigkeiten aufzählte, die dazu herhalten müssen, einer kleinen Schicht des Volkes ein geruhiges Dasein auf Kosten der Massen der Mietererschaft zu verschaffen.

Treffend kennzeichnete der Redner die Entwicklung der künstlich herbeigeführten Neuverschuldung, nachdem die Hypothekenschuldner des deutschen Hausbesitzes durch die Inflation bis auf einen lächerlichen Betrag entzweit worden sind. Die Neuverschuldung, die zum Teil in der Hoffnung auf eine neue Geldentwertung erfolgt, und zum anderen Teil lediglich in die Wege geleitet worden sei, um die „Not“ des Hausbesitzes beweisen zu können, während die aufgenommenen Kapitalien in Wirklichkeit privaten Zwecken zugeleitet wurden, könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß es der Hausbesitz verstanden habe, seine Positionen ins Ungemeine zu steigern.

Schließlich ging Stadtrat Kugler auch auf die politische Einflussnahme des Hausbesitzes ein, die für die Mietererschaft lehrreich sei und beschäftigte sich zum Schluß mit den geplanten Mietensenkungen, die so lächerlich sein würden, daß sie einer ernsthaften Diskussion nicht wert wären. Der Redner, der den ungeteilten Beifall der Versammlung fand, belegte seine Ausführungen mit vielen Beispielen aus der Praxis.

In der Aussprache wurden verschiedene Probleme aufgeworfen, so unter anderem auch die Frage der parlamentarischen Einflussnahme. Unter besonderem Beifall kennzeichnete ein Architekt ganz besonders die „Mieterfreundlichkeit“ der Nazis, die sogar durch ihren Referenten Wagner erklären ließen, daß sie Hausbesitzerinteressen in erster Linie wahrzunehmen hätten und deshalb die Gefolgschaft der Mieter versagt bekommen müssen.

Die vom Vorsitzenden des Vereins, Stadtverordneten Kozham vorgelegten Entschlüsse, die die Versammlung einstimmig annahm, haben folgenden Wortlaut:

- Die am 2. Dezember im großen Saale des Schießwerders versammelte Mietererschaft fordert von den städtischen Körperschaften: 1. Umgehende Senkung der Grundvermögenssteuer und Stundung dieser Steuer für leistungsschwache Mieter. 2. Herabsetzung der Gebühren für Strom, Licht, Wasser, Gas und Straßenbahn.

Rundfunk und Handwerk

Gemeinsame Bestrebungen zur Beilegung der Rundfunkstörungen — Billige Störchukmittel

Die seit einiger Zeit zwischen der Handwerkskammer Berlin und dem Rundfunk schwebenden Verhandlungen über eine Zusammenarbeit für die Entfaltung des Rundfunkempfangs, der bekanntlich in vielen Fällen durch gewerblich betriebene Motore stark beeinträchtigt wird, haben jetzt zu einer Vereinbarung auf technisch-wirtschaftlicher Grundlage geführt. Das Abkommen geht dahin, daß die Funkhilfen jeden einzelnen Fall in dem Handwerker als Inhaber störender elektrischer Maschinen und Geräte beteiligt sind, individuell behandeln. Das heißt, es soll in jedem Fall mit dem Ziele eines gütlichen Ausgleiches unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Beteiligten vorgegangen werden, wie es übrigens den vom Rundfunk seit jeher befolgten Grundsätzen entspricht. Hierdurch wird den verschiedentlich hervorgetretenen Bestrebungen, einen künstlichen Gegensatz zwischen Rundfunk und Handwerk zu konstruieren, ein Ende gesetzt. Die Handwerkskammern werden ihren Mitgliedern hinsichtlich der betriebenen elektrischen Anlagen Entgegenkommen gegenüber Entfaltungsforderungen empfehlen, was bestimmt im eigenen Interesse der Handwerker liegt. Auch werden sich die Handwerkskammern den Funkhilfen zum Ausgleich eventuell entstehender Schwierigkeiten zur Verfügung stellen.

Diesem Abkommen ist der Deutsche Handwerks- und Gewerbelammetag in Hannover als Spitzenvertretung des Deutschen Handwerks beigetreten. Ein ähnliches Abkommen von gleich großer Bedeutung ist auch mit dem Reichsverband des deutschen Holzgewerbes, dem über 20 Organisationen des Bekleidungs-, Textil-, Holz-, Eisen- und Ledergewerbes angehören, abgeschlossen worden.

Von besonderem Interesse ist noch, daß die Handwerkskammern ihren Mitgliedern in Zukunft empfehlen werden, bei Neuananschaffungen von Motoren und sonstigen elektrischen Geräten nur noch solche mit Störchukmittel zu bestellen.

Bekanntlich gibt es heute schon zahlreiche Herstellerfirmen, die elektrische Geräte bereits mit Störchukmitteln auf den Markt bringen, allerdings noch nicht in dem wünschenswerten Ausmaße, denn es kommen immer noch bedeutend mehr störmögliche als entkörnte Apparate und Motoren zum Verkauf. Dagegen ist die Elektroindustrie doch schon so weit, daß sie zuverläßige Störchukmittel, die in die störenden Motoren usw. eingeschaltet werden, für jede Art elektrischer Anlagen fabrikmäßig herstellt.

Leider ist vielfach die Ansicht vertreten, daß diese Störchukmittel unerschwinglich seien. Abgesehen von Ausnahmefällen stehen die Preise dieser Störchukmittel in keinem Verhältnis zu

3. Bearbeitung des Städtetages im Sinne der Erfassung der Zwischengewinne bei der Einziehung der Hauszinssteuer.

4. Senkung der Bürgersteuer auf 100 Prozent.

Wir mißbilligen die Eingabe des Magistrats an die Breslauer Regierung, die bewirkt hat, daß Wohnräume mit 100 und mehr Mark aus den Schutzbestimmungen der Planwirtschaft herausgenommen worden sind. In der schweren Zeit grenzenloser Not darf die Bürgerschaft nicht schuldig auf diesem Gebiete gemacht werden.

Eine zweite Entschlüsselung besagt:

Die erregten Massen der Breslauer Mietererschaft, die am 2. Dezember 1931 im großen Saale des Schießwerders versammelt sind, fordern von den verantwortlichen Stellen des Reiches und Staates:

- 1. Senkung aller Mieten auf den Friedensstand mit sofortiger Wirkung. 2. Die Ablehnung der vom Wirtschaftsbeirat empfohlenen Mittel zur Senkung der Mieten, da diese nur geeignet sind, die schwer bedrängte Lage der Mietererschaft noch weitestlicher zu verschlimmern. 3. Der Umbau der Hauszinssteuer im Sinne der Zeitlage des Wirtschaftsbeirates ist abzulehnen, und dafür die sofortige Beseitigung der unmoralischen Steuererhöhungen an den durch Inflation und Abwertungsgeetze schuldenfrei gewordenen Hausbesitz zu fordern. 4. Das soziale Mietrecht muß umfassend sein, und sich auf alle Wohnräume erstrecken. 5. Die Gleichstellung des Hausbesitzers mit den Inflationsgeschädigten ist zu erstreben. 6. Schnelle Schließung des Grundbuches für private Eintragungen ist anzustreben, damit eine weitere Überhöhung des Hausbesitzes verhindert wird. 7. Die in der gesetzlichen Miete enthaltenen Beträge für Hausreparaturen in Höhe von 1 1/2 Milliarden Mark sind ordnungsmäßig zu verwenden und unter Kontrolle zu stellen, damit Arbeit geschaffen wird. 8. Schaffung des Bodenreformgesetzes ist zu beschleunigen. 9. Die Forderungsvorordnungen der Preußenregierung sind, soweit sie das Mietrecht betreffen und verschlechtern, aufzuheben, und neue Eingriffe für die Zukunft zu unterlassen. 10. Alle Preise des täglichen Bedarfs sind erheblich zu senken.

Insgesamt fordern wir Mieter eine gleichmäßige Lastenverteilung auf alle Schultern der Bürgerschaft. Nur auf diesem Wege werden wir ruhig durch den Winter kommen und die Herzen behalten.

dem Anschaffungs- oder Nutzungswert der zu entfallenden Apparate und Motoren. Die verbreitetsten Störquellen sind die bei Haushaltungsgeräten — wie Staubsauger, Haartrockenapparaten, Nähmaschinen — Verwendung findenden Kleinmotoren. Diese Kleinmotoren können in den meisten Fällen durch ein Störchukmittel entkörnt werden, das jedoch eine führende Firma der Elektroindustrie herausgebracht hat. Ein kleiner Kondensator in Zylinderform, zirka 4,5 mal 1 Zentimeter, absolut durchschlagssicher für die üblichen Betriebsspannungen bis zu 220 Volt, zum Preise von 95 Pf. Für elektrische Geräte, die mit selbsttätigen Temperaturregulern arbeiten, z. B. Heizkissen, Bügeleisen, gibt es einen Störchuk für zirka 2,50 Mark. Größere, meistens gewerblich betriebene Motoren können durch ein Störchukmittel zum Preise von zirka 4,50 Mark entkörnt werden. Eric wenn es sich um Motoren von großer Leistung — ungefähr von einem Kilowatt Leistung ab — oder um Hochfrequenzgeräte handelt, kommen Preise von 10 bis 15 Mark in Frage. Zu diesen Preisen der Störchukmittel selbst treten dann nur noch die Arbeitslöhne für die Montage, die sehr geringe Kosten verursachen, da der Einbau solcher Vorrichtungen lediglich eine halbe bis höchstens eine Stunde dauert.

Wie man sieht, sind die mit einer Entfaltung verbundenen Kosten — wenigstens in den meisten Fällen — wirtschaftlich tragbar, bestimmt stehen sie in gar keinem Verhältnis zu den Unannehmlichkeiten, die durch fortgesetztes Stören der benachbarten Rundfunkhörer entstehen.

Auch in Schlesien ist auf ähnlicher Grundlage zunächst mit den Handwerkskammern in Breslau, Liegnitz und Oppeln verabredet worden, daß Rundfunkstörungen durch gewerbliche elektrische Einrichtungen gemeinsam von den Funkhilfen und den Gewerbeförderungs- oder Betriebswirtschaftsstellen untersucht werden, um eine beiden Teilen gerecht werdende Lösung auf gutlichem Wege zu finden. Der Vorteil dieser Zusammenarbeit wird nicht ausbleiben.

Nazi-Häuflein in der Hedwigstraße

Tipp für Herrn Kriminalrat Schmechel

Um und in Breslau soll alles harmlos sein, was die Nazis inszenieren. Die Leitung der politischen Polizei in Breslau hat sich in Nachfahrten davon überzeugt, aber da sie bisher verabsäumt hat, einmal in der Hedwigstraße nach dem rechten zu sehen, sei ihr angelegentlich empfohlen, auch in diesem Viertel einmal einiges zu erkunden, zumal das zuständige Revier auch alles als harmlos anzusehen scheint.

Was da neulich als harmloser Unfug in einem amtlichen Polizeibericht erwähnt wurde, steht nach Augenzeugenberichten ganz anders aus. Es handelt sich nämlich nicht um einzelne Hänflein, sondern um eine fortgesetzte Nazihege gegen einen katholischen Geschäftsmann, dessen Geschäft sich gegenüber der Nazihege von Reimers befindet. Die Schamlosigkeit, die sich die Nazis gegenüber der Tochter des Geschäftsmannes herausnehmen, lassen sich hier leider nicht wiedergeben und auch nicht andeuten. Als kürzlich mit Glühbirnen gegen die Ladentür geworfen wurde, um die Leute zu erschrecken und einer der Nazis gesteckt wurde und der Polizei übergeben werden sollte, stürzten etwa 50 Mann aus der Kneipe heraus und besetzten ihren Helden. Wir haben schon mehrfach auf das Treiben um diese Kneipe herum hingewiesen, als ein Arbeiter niedergeschlagen wurde. Wir haben auch schon angedeutet, daß sich in bezug auf die Polizeifunde manches amtliche Auge zuzurücken scheint.

Der Naziipul in der Hedwigstraße erscheint uns jedenfalls nicht sehr harmlos, weshalb wir wünschen würden, daß nach

Die Haupt- und Nebenarbeiten der Arbeiter...

Der Kampf um Brot...

Sozialdemokratische Partei...

Ein Arbeiterleben in der Technischen Hochschule

Das Studium wurde bei der Arbeit...

Gesamterverband der Arbeiterinnen

Wir rufen unsere arbeitenden Mitglieder...

Stiebt-Theater

Ein blendendes Programm, mit dem sich das Haus alle...

Proleten-Wochenplan

Die Tonkimbühne des Arbeiter-Sportartells...

Zoo-Lotterie

Die Ziehung der Zoo-Lotterie findet bestimmt am 12. Dezember...

Breslauer Volkshilfe

Die Firma Caestein-Halpaus, die aus Rationalisierungsgründen...

Bessere Verbindung nach Bismarckswalde

Um mehrfach geäußerten Wünschen der Bewohner der Siedlung...

Räumungs-Ausverkauf 650 Tuffs künstliche Blumen 25 und 10 Pf. Riesenposten Straußenköpfe...

Es war „betäubt“

Wohlgemerkt, belagter L. gibt selbst zu, zum Schaden einer...

Schuppen in Brand geraten

Gestern, gegen 1/20 Uhr, erfolgte ein Alarm nach Goldschmiedener Straße 7.

Das Spiel mit der „Granate“

Das Artilleriegeschütz, das vorgestern vor die Wohnung eines Staatsanwaltschaftsrates...



So richtig jenes Sprichwort sagt: kein Mensch gewinnt, der niemals mag!

Die Stadtverordnetenversammlung hält ihre nächste Sitzung am Donnerstag, den 10. Dezember...

Die Städtische Friedhofverwaltung schreibt uns: Auf den städtischen Friedhöfen...

Rothilfe der Handwerker- und Kunstgewerbeschule Der an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule...

Rundfunk von heute Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Sozialdemokratische Partei... Parteiprogramm...

Freiwilliges Jugendfeuerwehr... Sonntag, den 8. Dezember...

Montägliche Jugend... Heute 18 Uhr alle interessierten Mitglieder...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Sonntag, den 8. Dezember...

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Montag, den 9. Dezember...

Konzerte / Theater / Vergnügungen... Breslauer Volkshilfe...

Stadtheater (Opernhaus) Heute Donnerstag, Anfang 20 Uhr...

Opernhaus... Heute Donnerstag, Anfang 20 Uhr...

Stadtheater... Heute Donnerstag, Anfang 20 Uhr...

Stadtheater... Heute Donnerstag, Anfang 20 Uhr...

Stadtheater... Heute Donnerstag, Anfang 20 Uhr...

Stadtheater... Heute Donnerstag, Anfang 20 Uhr...

Stadtheater... Heute Donnerstag, Anfang 20 Uhr...

Stadtheater... Heute Donnerstag, Anfang 20 Uhr...

Stadtheater... Heute Donnerstag, Anfang 20 Uhr...

Stadtheater... Heute Donnerstag, Anfang 20 Uhr...

Stadtheater... Heute Donnerstag, Anfang 20 Uhr...

Stadtheater... Heute Donnerstag, Anfang 20 Uhr...

Ton-Kino gewerkschaftshau Lichtspiele... „Die andere Seite“...









## Der Protest der Angestelltenverbände Telegramm an den Reichskanzler

Die in der Versammlung der Angestelltenverbände am Dienstag im Saale des Schloßwerbers angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die am 1. Dezember 1931 im Schloßwerbersaal in Breslau zu einer Kundgebung versammelten Angestellten der Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts nahmen zu den unzulässigen Verträgen bezüglich eines neuen Gehaltsabbaus und zugleich zu dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Stellung. Die Versammelten erheben gegen die Bildung der Reichsregierung den allerheftigsten Protest. Sie erinnern die Regierung, besonders aber die aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangenen Herren Brüning und Stegerwald daran, daß nach ihren eigenen Reden jeder einseitige Lohnabbau zu einer noch weiteren Verschlechterung der Wirtschaft führen muß und damit Arbeitslosigkeit und Elend steigern müßte.

Die Versammlung weist darauf hin, daß sich die Behördenangestellten fast ausnahmslos in den unteren Besoldungsgruppen befinden. Der Abbau der an sich niedrigen Gehälter und die selbige Belastung der Angestellten durch Steuern, Soziallasten, dazu die Uebersteigerung der Mietpreise und die allen Erklärungen der Regierung zum Trotz nicht sinkenden Kosten für die Lebenshaltung haben dazu geführt, daß die Behördenangestellten und ihre Familien der allerbittersten Not ausgesetzt sind. Jede noch weitere Verschlechterung der Lebenshaltung treibt die Behördenangestellten der Verzweiflung und der Anarchie in die Arme. Die Versammlung vermißt, daß die Regierung mit der gleichen Energie, wie sie Löhne und Gehälter abgebaut hat, gegen die Grohverdiener vorgeht, um diese zur Erfüllung steuerlicher, wirtschaftlicher und sozialer Pflichten gegenüber Staat und Volk anzuhalten. Sie erwartet, daß die Regierung in letzter Stunde beachtet, daß die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht und daß es zu einer Katastrophe führen muß, wenn man diese Schichten des Volkes dem Staat immer weiter entfremdet, entfremdet dadurch, daß man sie durch Steigerung von Not und Elend zur Verzweiflung treibt.“

Außerdem ist folgendes Telegramm abgeschickt worden:

Reichskanzler Brüning, Berlin, Wilhelmstraße.

Versammlung Breslauer Behördenangestellten im Schloßwerbersaal warnt dringend, durch weiteren Gehaltsabbau Angestellte bei Behörden zur Verzweiflung zu treiben. Versammlung erinnert Kanzler als Breslauer Abgeordneten an sein Wahlversprechen, die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Sinne sozialer Gerechtigkeit wahrzunehmen.

J. A.: Swolinsky Fuhrmann Käbel

### Arbeiter im Defensivkampf

In den Kłodner Werken in Troisdorf wurde am Mittwoch nach vierzehntägigem Kampf die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen. Nach einer Vereinbarung vor dem Schlichter tritt die Lohnsenkung von 9 Prozent erst am 1. Dezember in Kraft. Maßregelungen unterbleiben.

Auch in den Humboldt-Werken in Köln kam es zu einer Vereinbarung zwischen Werksleitung und Arbeiterrat. Obwohl das Ergebnis die Arbeiterschaft nicht befriedigt, brachte die geheime Abstimmung der Gesamtbelegschaft nicht die erforderliche Dreiviertelmehrheit zur Weiterführung des Kampfes. So mußte der Kampf abgebrochen werden. Die Einstellung der Arbeiter erfolgt im Laufe dieser Woche.

### Textilkonflikt in Lancashire

Lohnkürzungsversuch des Unternehmertums

Im Textilbezirk Lancashire ist ein Arbeitskonflikt ausgebrochen, der seine Ursache vor allem in einem Lohnkürzungsversuch der Unternehmer der Spinnereien und Webereien hat. In den Webereien dreht sich der Konflikt um die Frage der Zuweisung von mehr Weibstühlen an einen Arbeiter, also um einen Streit über die Produktionsmethoden. Bedenklicher liegen die Dinge bei dem Vorstoß der Spinnereienternehmer. Bei ihm handelt es sich um einen direkten Versuch zur Senkung des Lohns und zur Verlängerung der Arbeitszeit. Der Versuch, die achtundvierzigstündige Woche durch eine zweiundfünfzigstündige zu ersetzen, hat eine besondere Bedeutung. Er stellt eine Bedrohung des Washingtoner Abkommens dar.

### Der holländische Textilstreik

Im niederländischen Textilindustriegebiet zwang die am Mittwoch eine weitere Verschärfung der Streikbewegung eingetreten. Der von dem Vorstand des freigewerkschaftlichen Textilarbeiterverbandes und den beiden professionellen Verbänden gefasste Beschluß, ab 10. Dezember zu einer allgemeinen Arbeitseinstellung überzugehen, falls die Arbeitgeber von dem weiteren Lohnabbau nicht Abstand nehmen, wurde von Tausenden von Arbeitern befolgt. Die Zahl der streikenden Arbeiter dürfte jetzt etwa 10 000 betragen.

Der Streik hat von Enschede auf Winterwijk übergegriffen, wo die Fabriken der Arbeitern ein Ultimatum gestellt haben. In Enschede wird die existierende Verwirrung von der Roten Gewerkschaftsopposition zur Hege gegen die Verbände ausgenutzt.

### Lohnkampf in den Breslauer Brotfabriken beendet!

Am 17. August wurde erstmalig über die Abbauforderungen der Brotfabriken verhandelt; die zu Beginn ihre Forderungen in keiner Zahl festlegten.

In einem Antrage vom 17. September an den Schlichtungsausschuss, wurde ein Lohnabbau von 13,50 Mark pro Woche ab 1. Oktober verlangt.

Im Verlauf der sich über Wochen hinziehenden Verhandlungen wurden die Herren beschiedener. Man verlangte „nur noch 3,40 Mark“.

Auch über diese Forderung konnte nicht diskutiert werden. Dieses Einsehen hatte selbst der Schlichtungsausschuss, der nach mehreren Verhandlungen in einem Spruch den Lohnabbau von 2,30 Mark festlegte mit Wirkung vom 6. November bis 31. März 1932.

Der Verband konnte auch das nicht annehmen. Der Schlichtungsspruch wurde abgelehnt. Verhandlungen beim Schlichter brachten eine Verständigung

bedingend, daß zwar ein Lohnabbau von 2,50 Mark bestehen bleibt, doch erfolgt der Abzug erstmalig am 19. Dezember.

Nimmt man den Nachfrist zur Hand, so ergibt sich, daß der nunmehr noch mögliche Abbau auf die Gesamtdauer von 26 Wochen umgerechnet, pro Woche 1,41 Mark beträgt. Das entspricht einem Abbau von 3 Prozent, gegenüber den geforderten 20,4 Prozent.

### 6 1/2 prozentige Lohnkürzung für die Breslauer Handelschiffarbeiter

In dem Lohnstreit der Breslauer Handelschiffarbeiter ist bei den Tarifverhandlungen eine Einigung der Parteien zu Stande gekommen, die eine 6 1/2 prozentige Kürzung der Löhne vorsieht. Der neue Lohnvertrag läuft bis zum 10. Februar 1932.

Streikbrecher bei den Kłodnerwerken. In den Kłodnerwerken in Troisdorf, wo seit 14 Tagen wegen eines Schiedsspruchs mit 9 Prozent Lohnsenkung 1400 Arbeiter streiken, haben am Montag etwa 200 Arbeiter, befehligt durch ein Vollzeitaufgebot, die Arbeit wieder aufgenommen. Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben jedoch Montag vormittag mit 80 Prozent Mehrheit beschlossen, die Arbeit noch nicht aufzunehmen.

## Projekte um die Brotverbilligung Aufhebung des Nachtbrotverbots mit sozialen Sicherungen

Im Rahmen der angekündigten Notverordnung will sich die Regierung abermals an die Aufgabe heranmachen, den Brotpreis zu senken. Allem Anschein nach kommt für die Regierung zunächst die Verbilligung der Futtermittel in Frage, um die Roggenbestände von der Viehfütterung mehr der menschlichen Ernährung zuzuleiten und das Angebot an den Börsen zu vergrößern. Im Anschluß an diese Aktion wird man sicherlich nicht an der Senkung der Getreidezölle vorbeikommen. Auch die Großgrarrier geben ja die Notwendigkeit einer solchen Zollsenkung unter vier Augen ohne weiteres zu. Ferner denkt man daran, das Nachtbrotverbot für die Roggenbrot-Großherstellung aufzuheben.

Das Nachtbrotverbot ist seit Jahren heftig umkämpft. Es wurde nach Ende des Krieges eingeführt, um den entsetzlichen Zuständen in den Bäckereien ein Ende zu machen, wo Tag und Nacht gearbeitet wurde und der Geselle überhaupt nicht mehr aus der Werkstatt kam. Das ganze Nachtbrotverbot lag damit nicht an der Senkung der Getreidezölle vorbeikommen. Auch die Großgrarrier geben ja die Notwendigkeit einer solchen Zollsenkung unter vier Augen ohne weiteres zu. Ferner denkt man daran, das Nachtbrotverbot für die Roggenbrot-Großherstellung aufzuheben.

Das Nachtbrotverbot ist seit Jahren heftig umkämpft. Es wurde nach Ende des Krieges eingeführt, um den entsetzlichen Zuständen in den Bäckereien ein Ende zu machen, wo Tag und Nacht gearbeitet wurde und der Geselle überhaupt nicht mehr aus der Werkstatt kam. Das ganze Nachtbrotverbot lag damit nicht an der Senkung der Getreidezölle vorbeikommen. Auch die Großgrarrier geben ja die Notwendigkeit einer solchen Zollsenkung unter vier Augen ohne weiteres zu. Ferner denkt man daran, das Nachtbrotverbot für die Roggenbrot-Großherstellung aufzuheben.

Bäckerbetriebe:	Verkaufspreis	Herstellungskosten	Unternehmerkosten	Unternehmensgewinn
a) in Proz. des Bäckerverkaufspreises	57	19	11	9
b) je Pf. pro kg Brot	23,4	7,8	4,5	3,7
Großbetrieb:				
a) in Proz. des Bäckerverkaufspreises	49	13	20	7
b) je Pf. pro kg Brot	20,1	5,3	8,2	2,9

Die Aufstellung zeigt, daß der Großbetrieb, soweit die bloße Herstellung von Brot in Frage kommt, weit billiger arbeitet als der Kleinbetrieb. Die Herkosten, die Verarbeitungskosten und der Unternehmergewinn sind im Großbetrieb bei weitem billiger. Dagegen sind die Betriebskosten im Großbetrieb fast doppelt so hoch als im Kleinbetrieb. Mit anderen Worten: Der Großbetrieb arbeitet billiger, der Kleinbetrieb verkauft billiger. Die logische Entwicklung müßte also dahin gehen, daß der Großbetrieb Brot fabriziert, während der Kleinbetrieb Brot verkauft. In Dänemark, das bei niedrigen Verdiensthäufigkeiten ein äußerst billiges und gutes Brot hat, vollzog sich die Entwicklung seit langem in der Art, daß die Bäder sich auf die Herstellung von Weißbrot beschränkten. Sie und Weiß- und Feinbrot und im übrigen verkaufen sie für die Brotfabriken das Roggenbrot. Sie haben sich mit Hilfe der Genossenschaftlichen Einigung auf die Brotfabriken, insbesondere die Gewinnbeteiligungen, geeinigt. Ohne Zweifel wird die Entwicklung auch in Deutschland so vor sich gehen. Der Großbetrieb kann aber, schon aus technischen Gründen, nur richtig ausgeführt werden, wenn er kontinuierlich, d. h. in Schichten hintereinander

### Erholung des Pfunds

Im den internationalen Drogenmarkt hat das Pfund am Mittwoch nachmittags erholend umgekehrt und für amerikanische Rechnung Pfundsterling vorgenommen werden. Der niedrige Stand am Vormittag von 3,22½, der sich bis 3,43½ an. Später sank er auf 3,43.

### Wieder eine Hausbesitzerbank

Frankfurt a. M., 2. Dezember. (Eig. Draht.) Die Bank für Handel und Grundbesitzer in Frankfurt a. M., eine Gründung des Frankfurter Haus- und Grundbesitzervereins, hat ihre Satzung eingeleitet. Die Bank strebt einen gerichtlichen Vergleich der Verwaltungskreise der Bank herbei, die eine ruhige Abwicklung voll befriedigen zu können.

Der Dresdener Stadtrat hat die Freitag Kupfernen Sonntags für die Läden beschlossen. Die sächsische Regierung hat die Läden höflich angewiesen, den Anträgen auf Freitags des Sonntags zu entsprechen, um jede Möglichkeit für Umsatz in Handel und Gewerbe auszuweichen zu lassen.

Der hohe Exportüberschuß der Schuhindustrie hat Monat Oktober angehalten. Die Einfuhr betrug im Monat nur 35 751 gegen 53 459 Paar im Oktober 1931. September ist die Einfuhr um 8,5 Prozent zurückgegangen, monat ebenfalls 8,5 Prozent.) Dagegen ist die Ausfuhr 374 272 Paar noch um 4,5 Prozent höher als in dem entsprechenden Monat des Vorjahres, so daß der mengenmäßige Überschuß mehr als 328 000 Paar erreicht.

arbeitet. Hier knüpfen die Bestrebungen für die Beseitigung des Nachtbrotverbots an. Die Beseitigung soll nur für den Betrieb gelten, der Roggenbrot herstellt. Man will soziale Sicherungen schaffen, damit die Forderung nicht nur die Zustände in den Bäckereien, wie wir sie heute gehabt haben, nicht wiederkehren. In Dänemark man die Dinge so geregelt, daß jeder Bäcker alle drei Wochen in Nachtdienst arbeitet. In Deutschland hat man Schlag gemacht, auf Grund der Bierglutenwerke die zu regeln, daß jeder Bäcker alle vier Wochen ein Nachtdienst arbeitet.

Fachleute nehmen an, daß man durch die Aufhebung des Nachtbrotverbots den durchschnittlichen Brotpreis um 10 bis 20 Prozent senken kann. In besonderen Fällen spricht man von einer Senkung von rund 20 Prozent. Mit der Zeit sind wir allerdings über solchen Versprechungen mißtraulich geworden und für ganz selbstverständlich, daß in der Notverordnung ein Gehalt von 20 Prozent der Senkung tatsächlich zu werden muß. Im übrigen wird auch bei einer Senkung von 10 bzw. 20 Prozent der Brotpreis immer noch hoch liegen. Der Brotpreis von heute entspricht Kaufkraft der breiten Massen und dürfte höchstens 30 Pf. zu diesem Ziel kann man aber nur kommen, wenn man die Getreidezölle senkt. Wichtig ist vor allem auch die der Futtermittel zu senken. Die Futtermittel sind den Viehzüchtern zu teuer, und er verfüllt Roggen, der für die menschliche Ernährung dringend gebraucht, um den Preis für Futtermittel nicht zahlen zu müssen. Unter der hohen Zölle und der nicht ausreichenden Getreideernte haben sich die Preise an der Berliner Börse seit August entwickelt.

	Anfang August	Mitte Oktober	Ende Oktober
Weizen pro Tonne in Mark, Berliner Preis	198	215	215
Roggen	145	187	187
Futtergerste	—	156	156
Weizenmehl, 100 kg	27,00—35,50	27,75—32,25	25,00
Roggenmehl, 100 kg	21,75—25,00	26,25—28,75	27,00

Obwohl der Weizenmarkt die Steigerungen nicht gemacht, sind bedeutende Preiserhöhungen eingetreten. Die Mitteilung des Preussischen Statistischen Landesamtes hat auswirken:

	August	September
Preis für 1 kg in Pf. im 200er von 51 preussischen Städen		
Erste, meistgekaufte Sorte Roggenbrot	37,5	37,3
Zweite Sorte Roggenbrot	37,6	37,5
gewöhnliches Roggenmehl	38,4	38,1

Unter Druck der abnehmenden Kaufkraft haben die Preiserhöhungen vermeiden lassen, aber die Tendenz des Brotpreises ist nach oben gerichtet, und diese Tendenz verschärft, je mehr sich das geringe Angebot von Getreide wirklich an die Verbilligung des Brotpreises will, halten wir eine Verringerung der phantastisch hohen Preise für unbedingt notwendig. Ohne eine Zollsenkung und Maßnahmen der Regierung hinsichtlich einer Brotverbilligung dem Papier stehen bleiben und unwirksam sein.

## 3,7 Millionen Reichsmark Strafen wegen Steuerhinterziehung

Der Reichsminister der Finanzen gab kürzlich dem Reichstag Mitteilung von dem Ergebnis der Buch- und Betriebsprüfung im Rechnungsjahr 1930 (Reichstagsdrucksache Nr. 1097). Demnach wurden von den 26 Landesfinanzämtern insgesamt 57 693 Nachprüfungen in den industriellen und gewerblichen Betrieben vorgenommen. Die Gesamtsumme des rechtsträftig festgestellten Mehrbetrages ist in der Ergebnisübersicht mit 184,830 Millionen Mark für Reichsteuern und mit 31,429 Millionen Mark für Landes-, Kirchen- und ähnliche Steuern angegeben. Zusammen ist das ein Steuer mehr von rund 216 Millionen Mark. Davon kommen allein auf die Körperschaftsteuer 75,508 Millionen und auf die Einkommensteuer 62,931 Millionen Mark. Wegen Steuerhinterziehung usw. wurden insgesamt 3,706 Millionen Mark Geldstrafe auferlegt. Ob und inwiefern sie auch wirklich eingegangen oder beigetrieben worden sind, darüber fehlen leider nähere Angaben. Der Minister führte erläuternd aus, daß durch die Arbeit der Buch- und Betriebsprüfer die Steuerhinterziehung gegenüber dem Vorjahr um 2,55 v. H. gestiegen sind.

Es ist erfreulich, von solch autoritativer Seite zu hören, welche günstigen Erfolge durch die Buch- und Betriebsprüfer erzielt worden sind. Die Tätigkeit dieser Betriebsbuchprüfer

ist in der Tat sehr schwierig und verantwortungsvoll. Eine genaue Kenntnis von den kaufmännischen Buchhaltungs-Kalkulationsmethoden sowie von der Betriebsführung, die am besten der im Handels- oder Industriebetrieb zu weinene Praktiker mitbringt. Wir möchten entsetzlich warnen“, so schreibt der „Behördenangestellte“, Fachzeitschrift J. d. W., „überzählig gewordene Finanzbeamte umzuwandeln als Buch- und Betriebsprüfer zu verwenden. Der große der jetzt meist auf Dienstvertrag beschäftigten Fachleute doch vor allem auf ihren reichen praktischen Erfahrungen. Verringerung dieser wichtigen Voraussetzung zum Zweck der und Betriebsprüfers würde der Sache keinesfalls nützen und den Erfolg nur schmälern.“

Es gibt noch Ueberschüsse. Die der AGG, nahebestehende für elektrische Werke erzielte für das vergangene Jahr ein Ueberschuß von 2,245 Millionen Mark, von denen 1,8 Millionen Mark an Effekten und Beteiligungen abgesetzt. Die Dividende wird auf 4,5 Prozent festgesetzt.